



wp.net Newsletter Mai 2013

Sehr geehrter Leser, Sehr geehrte Leserin,

wir wollen Ihnen heute etwas Ergänzung zu unseren [wp.net Journal Mai 2013](#) zukommen lassen.

Gleich zu Beginn wollen wir nochmals an die

[Bewerbungsfrist als Kandidat oder Kandidatin für den Wahlausschuss "Beiratswahlen 2014"](#) erinnern. Die Frist läuft heute, am 31.5.2013, ab. Wenn Sie sich bewerben sollten, teilen Sie uns dies bitte auch mit.

Zwei Ergänzungen bewegen uns heute, wir bitten um Beachtung und um Mitwirkung. Dazu erhalten Sie nochmals den [Musterbrief an den Präsidenten nach Berlin](#).

1. "Demokratienachhilfe" bei der Gebührenordnung

Wer lesen kann, tut sich leichter, sagt ein Sprichwort, deswegen verweisen wir an dieser Stelle nochmals auf das von [wp.net unterstützte Wahlprogramm 2011](#).

Wir forderten 2011 u.a. eine Honorarordnung, um den unsäglichen Preiskampf eine Ende zu bereiten. Auch wenn dieses Projekt nun

qualitätssichernde Entgeltregelung

heißt, hat die Namensänderung nichts an der Priorität dieser Forderung geändert.

Warum geht nichts vorwärts? Darüber gibt es viele Vermutungen. Eine davon ist, dass das IDW und die Big4 diese Gebührenordnung nicht wollen.

Politiker verkünden das Ende der Freiberuflichkeit der Wirtschaftsprüfung, wie der [Wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Joachim Pfeiffer](#), in seinem Mail an uns nach dem Versand der Pressemitteilung zur Gebührenordnung

am 25.4.2013 ausführte:

"In der vom Grundsatz der freien Preisbildung geprägten sozialen Marktwirtschaft stellen staatliche Preisregulierungen eine Ausnahme dar. Diese wären nicht zuletzt an der verfassungsrechtlichen Maßgabe der Berufsfreiheit zu messen. Honorarordnungen bei Freiberuflern bedürfen daher immer einer besonderen, am Gemeinwohl ausgerichteten Begründung, da sie die allokativen Effizienz des Preismechanismus beeinträchtigen können. Selbst wenn beispielsweise der von Ihnen geltend gemachte Preisverfall im Wirtschaftsprüfermarkt vorläge, würde allein dieser Umstand noch keine staatliche Festsetzung von Mindestpreisen rechtfertigen

Gleichzeitig kann eine Reglementierung dazu führen, dass der Wettbewerb zwischen den Leistungserbringern verzerrt wird, so dass Innovation und damit Qualität sogar beeinträchtigt werden können."

Die Schlussfolgerung des CDU-Wirtschaftspolitischen Sprechers und Diplom-Kaufmanns läßt uns aufhorchen: **"Eine Gebührenordnung könnte die Qualität beeinträchtigen"**. Wir kennen die Lebenserfahrung, die lautet: Der Preis ist Ausdruck der Wertschätzung oder Geringschätzung für eine Leistung.

Ob die Einsichten des Dr. Pfeiffer in die Zusammenhänge von Volkswirtschaften ein Grund dafür sein könnte, warum sich die Merkel-Regierung in der schwersten Finanzkrise seit Jahrzehnten von Juristen und nicht von Ökonomen beraten lässt, darüber würde es lohnen, nachzudenken. In ["Wo sind die Ökonomen"](#) erfahren wir vom Wochenmagazin "Zeit", mehr darüber.

Heute wollen wir Sie darüber unterrichten, was sich dazu in der Kammer Aktuelles und Neues tut oder nicht tut oder tun könnte.

Politische Einflussspielchen mit der Tagesordnung.

Dass mein Antrag 5 von der Geschäftsführung mit Zustimmung des Beiratsvorsitzers in der Beiratssitzung am 14.3.2013 zur Einführung der Verhältnismäßigkeit der Qualitätskontrolle ganz nach hinten gelegt wurde, hat auch etwas mit Taktik zu tun. Man wollte wohl von Seiten der Geschäftsführung diesen Antrag nicht. Diese Taktik hatte Erfolg: Mein Antrag konnte wegen Beschlussunfähigkeit des Beirats kurz vor 17 Uhr nicht behandelt werden.

Für die Beiratssitzung am 7.6. wurde der Antrag über die Gebührenordnung als TOP U weit nach weit hinten gesetzt. Soll über das TO-Spielchen die weitere Behandlung der Gebührenordnung verhindert werden? Zwar hat der Ausschussvorsitzende Spies eine Vorverlagerung beantragt, doch sagt solches Verhalten mehr über die wahren Interessenlagen der Parteien aus, als ihre "Sonntagsreden". Taten, statt Worte fordern wir ein.

Um was geht es? Um eine einmalige Chance!

Da eine HGB-Regelung zur WP-GebO in dieser Legislaturperiode nicht mehr hinzubekommen ist, muss eine Regelung zur Entgeltregelung in der Berufssatzung geschaffen werden. Dennoch muss die HGB-Regelung das Ziel bleiben.

Diese, im ersten Schritt mögliche Satzungslösung benötigt aber eine 2/3 Mehrheit, eine mögliche spätere Aufhebung ebenfalls! Deswegen dürfte der WP-Mittelstand mit dem Wahlergebnis 2011 die einmalige Chance erhalten haben, den Gesetzgebungsfehler 2007, die Gebührenordnung aus der WPO zu werfen, 2013 oder 2014 wieder zu korrigieren.

Auch in dieser Frage müssen wir darauf hoffen, dass nicht zu viele von der WP-Gschreiliste bei der Abstimmung die Seiten wechseln, wie es sich bei der Einführung des Verhältniswahlrechts schon abzeichnet.

Die WP-Beiräte werden aufgefordert, diese historisch einmalige Chance nicht verfallen zu lassen, um auch der Politik zu beweisen, dass eine Gebührenordnung zu besserer Prüfungs- und Berichtsqualität führt.

2. wp.net-Unterstützung für die wp.net-FDI-Prüfer

Im Mai-Journal 2013 haben wir die Botschaft verbreitet, dass das BAFin auch den WP-Mittelstand und die WP-Einzelpraxen mit Aufträgen versorgen würde. Den Beweis in Form einer Statistik, konnten uns die Vertreter der BAFin anlässlich unseres Februargesprächs nicht vorlegen.

wp.net fordert seit 2006 von den Politikern und der Regierung die Unterstützung des WP-Mittelstands bei der Auftragsvergabe ein. [Lesen Sie dazu auszugsweise eines unserer Schreiben an die Politik](#), hier das an den damaligen Wirtschaftsminister Michael Glos.

In den Antworten wurde uns versichert, dass der WP-Mittelstand berücksichtigt wird. Bis 2011 haben wir uns auf diese Zusage verlassen und deswegen nicht mehr nachgefasst.

Nun wollen wir wissen: Stimmt die Zusage noch? Die Behauptung, dass sich in den letzten Jahren einiges geändert hat, gilt es zu überprüfen. Denn die Vergabe von sog. Geldwäscheprüfungen 2013, die eigentlich ausgeschrieben werden sollten, dann aber nach dem Verfahren "unter der Handvergabe" erfolgten, macht uns mißtrauisch. Diese Aufträge sind an die Big4 vergeben worden.

wp.net hat 2006, damals mit Unterstützung von Herrn Dr. Wissing, heute der Vorsitzende der FDP-Rheinland-Pfalz und stellv. Fraktionsvorsitzender der FDP im Bundestag, in den Jahren 2006 bis 2008 Bewegung in die BaFin-Vergabe gebracht. Es könnte also gut sein, dass mancher Leser und heutige FDI-Prüfer, seit 2008 mehr oder überhaupt deswegen Aufträge von der BaFin erhalten hat.

Wenn heuer zur BT-Wahl gehen und 2014 an der Beiratswahl mitmachen, sollten Sie prüfen, wer Sonntagsreden hält und wer was getan hat. Dazu werden wir in den nächsten Journalen auch Stellung nehmen.

Wenn Sie also Interesse an BAFin-Aufträgen haben, dann lassen Sie uns bitte das [BAFin-Bewerbungsblatt](#) ausgefüllt zukommen. Schicken Sie uns bitte bis 30. Juni 2013 das Bewerbungsblatt zurück. Vielen Dank. Wir bleiben dran und wollen überprüfen, ob hinter den Wollen auch Taten stecken.

Für heute verbleiben wir mit den besten (Resturlaubs)grüßen

Ihr WP StB Michael Gschrei

Impressum

wp.net e.V. Verband für die mittelständische Wirtschaftsprüfung
WP StB Michael Gschrei, gf. Vorstand
WP StB Tobias Lahl, Sprecher Gesamtvorstand
Maximilianstr. 16 80539 München
VR München 18850
Tel.: 089 / 700 21-25 Fax: -25
eMail: info@wp-net.com
Internet: www.wp-net.com